

„...und mit dieser SED sitzt die SPD an einem Tisch“

Pressestimmen
zu den Kontakten zwischen SPD
und SED

Zum SPD/SED-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“

Der Spiegel, Nr. 35, 24. August 1987

Sozialdemokraten und Kommunisten wollen ihren ideologischen Streit begraben. Sie bescheinigen sich gegenseitig Reform- und Friedensfähigkeit.

Das Präsidium hätte lieber noch etwas länger gewartet — bis nach der Schleswig-Holstein-Wahl am 13. September.

★

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. August 1987

Die Parteizentrale der SPD hat am Montag bestätigt, daß am Donnerstag in Bonn und Ost-Berlin ein 17 Seiten umfassender gemeinsamer Text der Grundwertekommission der SPD (Vorsitz Eppler) und von Parteiideologen der SED (unter dem Vorsitz des Rektors

der Parteiakademie für Gesellschaftswissenschaften, Otto Reinhold) veröffentlicht werden soll. In Bonn werden Erhard Eppler und der Unterhändler der SED bei der Redaktionsarbeit, Rolf Reissig, den Text vorstellen; in Ost-Berlin werden das parallel Reinhold für die SED und der SPD-Unterhändler bei der Redaktionsarbeit, Thomas Meyer, tun. In dem Text bescheinigen sich SPD und SED gegenseitig Reform- und Friedensfähigkeit.

Offenbar kamen die Informationen darüber dem erstmals wieder unter dem Vorsitz Vogels tagenden Parteipräsidium am Montag ungelegen. Die Frage nach dem Wortlaut des Textes wurde im Ollenhauerhaus so beantwortet: Sie kennen doch Eppler, der hütet diesen Text wie seinen Augapfel. Es gebe nur ein Exemplar.



Frankfurter Neue Presse, 26. August 1987

Aber daß die Partei Kurt Schumachers, Erich Ollenhauers und Hans-Jochen Vogels sich auf sehr glattes Eis begeben hat, weiß sie hoffentlich selber.

Die beiden Kommissionen haben ein gemeinsames Papier verfaßt, über das noch sehr wenig bekannt ist. Die SPD hat allerdings, wie es heißt, verhindert, daß eine Formulierung über die gemeinsamen Wurzeln beider Parteien aufgenommen wurde. Da ist aber die Wurzel des Problems: Nachdem sich die Arbeiterbewegung in Kommunisten und Sozialdemokraten gespalten hatte, bekämpften sich die Nachkommen buchstäblich bis aufs Blut. Kommunisten haben Sozialdemokraten immer als die gefährlicheren Gegner, verglichen etwa mit den Konservativen, angesehen. Und Sozialdemokraten haben mindestens so wie die Angehörigen anderer politischer Gruppen unter Kommunisten gelitten, zum Beispiel in der DDR. Es ist ein Ruhmesblatt der sozialdemokratischen Geschichte, daß sich die SPD dem totalitären Anspruch der KPD immer versagt hat. Die Zwangsvereinigung in der damaligen sowjetisch besetzten Zone war das Ende der Sozialdemokratie östlich der Elbe.

Und mit dieser SED sitzt die SPD an einem Tisch.



Die Welt, 27. August 1987

„Wem nützt es?“

Für Kurt Schumacher war die Sache klar: Wenn das, was wir im Osten erleben, tatsächlich Sozialismus wäre, dann wäre damit von der europäischen Menschheit das Todesurteil über den Sozialismus gesprochen worden. Auf dieser Aussage in der Rede des ersten Nachkriegs-Vorsitzenden der SPD auf einer Parteikonferenz am 3./4. Januar 1946 in Hannover fußte dann auch das Bekenntnis im Aktionsprogramm der SPD zum gleichen Thema, beschlossen auf dem Dortmunder Parteitag am 28. September 1952: Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Tradition bis zur Unkennlichkeit verzerrt.

Heute erlebt der überraschte Zuschauer ganz andere Formulierungen: Wir, deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten . . . Und: Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas.

Sozialfaschisten wurden die aufrechten Sozialdemokraten in der Weimarer Republik von den Kommunisten genannt und unnachsichtig von diesen bekämpft, lange bevor jemand (in Moskau oder hier) Hitler ernst nahm. Vielmehr hat Stalin mit Hitler einen Pakt zum gemeinsamen Überfall auf andere Länder geschlossen. Oder, um noch früher zu beginnen: Eduard Bernstein, revisionistischer Urvater der heutigen Sozialdemokraten, titulierte die Kommunisten als konspiratorisch, demagogisch, terroristisch (aus: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 1921). Sicher, in den rauchenden Trümmern des Zweiten Weltkriegs ging kurzfristig auch — aus gemeinsam erlebter Verfolgung durch Hitlers Schergen und nach den plötzlichen sowjetischen Bemühungen um die Volksfront in den dreißiger Jahren — die Idee der Einheitsfront um. Doch dann kam im April 1946 der Admiralspalast in Ost-Berlin mit der Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Ostzone zur SED — was für eine gemeinsame Wurzel! Darauf antwortete das machtvolle Bekenntnis zur Freiheit in der Urabstimmung der Sozialdemokraten in West-Berlin.

Dies alles, auch die Verfolgung und Folterung in Ulbrichts Zuchthäusern danach, sollen Sozialdemokraten ertragen haben, um jetzt zu lesen, der Streit über Grundpositionen müsse so ausgetragen werden, daß Kommunisten und Sozialdemokraten die Grundentscheidungen des jeweils anderen beachten, die Motive der anderen Seite nicht verdächtigen, deren Überzeugungen nicht absichtlich verzerren?



Frankfurter Neue Presse, 28. August 1987

„Und die Wirklichkeit?“

Daß der Wettbewerb der Systeme nur friedlich und gewaltfrei geführt werden kann, sollte sich von selbst verstehen. Dazu braucht man kein Ideologiepapier. Doch kann man eben nicht darüber hinwegsehen, daß die Mißachtung fundamentaler Individualrechte in der DDR — Freizügigkeit, freie Arbeitsplatzwahl, politische Selbstbestimmung — Methode hat, und zwar von grundsätzlich unfriedfertiger Natur. Man müßte im Grunde die Professoren aus Ostberlin fragen, wie sie dazu gekommen sind, ein Papier zu unterzeichnen, in dem die auf die DDR bezogenen Passagen keinesfalls der Wirklichkeit entsprechen — wie Eppler treuherzig bekannte, um hinzuzufügen: Aber warten wirs doch mal ab.

Also doch Fortsetzung der Konvergenztheorie, mit anderen Mitteln? Wer aber verlangt, man dürfe darauf nicht hoffen, daß das eine System das andere abschaffen könne, scheidet vom Wert einer freiheitlich-demokratischen Ordnung nicht allzu tief überzeugt zu sein. Man darf nämlich hoffen, daß sich totalitäre Systeme auflockern und den Menschen mehr Freiheiten gewähren, die ihnen wider humanistische Tradition und Menschenrecht verweigert werden.

Stuttgarter Zeit, 28. August 1987

„Schalmeienklänge“

Grau freilich bleibt auch in diesem Falle alle Theorie, so spannend sich dieser Text auch liest. Was der Reformwille der SED-Theoretiker, der offenkundig auch sehr unterschiedlich ausgeprägt ist, wirklich wert ist, muß sich in der politischen Praxis erst noch beweisen — gegenüber dem Nachbarn Bundesrepublik ebenso wie im Verhältnis zu den eigenen Bürgern. Und in der Praxis muß sich auch noch beweisen, ob künftig nicht mehr gilt, was in dem Papier mit Blick auf die Vergangenheit der beiden Parteien als Streitverschärfend beklagt wird: daß nämlich beide oft mit denselben Begriffen verschiedene Inhalte verbinden. Es ist illusorisch zu glauben, daß sich gewachsene und gewollte sprachliche Mißverständnisse über Nacht in Luft auflösen. Und es ist auch nicht zu erkennen, daß das neue Denken schon Eingang in die Köpfe jener DDR-Politiker gefunden hat, deren rigorose, alles andere als selbstbewußte Abgrenzungspolitik eben jenen Systemvergleich verhindert, den das SPD-SED-Papier so beredt propagiert.

★

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 28. August 1987

„Papier, historisch“

Die Sozialdemokraten haben es am eigenen Leib erfahren, was kommunistische Intoleranz ist. Die Frage, ob man nun mit einer Neuzulassung der SPD rechnen könne, wurde in Ost-Berlin als nicht ganz ernstgemeint empfunden. Solange das so ist, bleiben die guten Vorsätze Papier.

★

Süddeutsche Zeitung, 28. August 1987

„Ein riskanter Dialog“

Was ist nur in die SPD gefahren, sich auf eine Ebene mit der SED zu begeben? Zwischen den beiden deutschen Staaten gibt es vieles zu bereden und zu regeln. Doch was sollten fundamental derart unterschiedliche Parteien gemeinsam haben? Selbst über Grundbegriffe (Freiheit, Demokratie, Partei . . .) gibt es keine Verständigung. In der DDR hat niemand eine Chance, im Staat, in Wirtschaft und Wissenschaft beruflich voran zu kommen, der nicht Mitglied der SED ist. Die Privilegien haben ihren Preis. Kaum ein Genosse, schon gar nicht ein Angehöriger der Kader hat die Chance, eine Genehmigung für eine Westreise zu erhalten. Gemeinsamkeiten mit der SPD?

Münchener Merkur, 28. August 1987

„Grundsatzdokument von SPD und SED vorgelegt,
Karl Marx verbindet“

Die SPD-Spitzenpolitiker muß der Teufel geritten haben, mit der kommunistischen SED ein gemeinsames Grundsatzdokument auszuarbeiten. Man fragt sich beim Lesen verstört, ob die Sozialdemokraten heute wirklich so naiv sind, daß sie gar nicht merken, worauf sie sich da einlassen, oder ob sie tatsächlich denken, wie sie es zusammen mit ihren Gesprächspartnern aus der DDR formulieren. Beides trifft zu, muß man wohl befürchten.

Das Dokument sei vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen, sagte gestern der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Eppler. In diesem einen Punkt darf man ihm ohne Einschränkung beipflichten. Helmut Schmidt stehen vermutlich bei der Lektüre die Haare zu Berge, ...

Auch der Parteichef Vogel steht hinter dem Dokument, wie er offenbar hinter allem steht, was seine Genossen von sich geben. Von ihm ist also keine Korrektur des Kurses zu erwarten. Und dieser Kurs hat eine gefährliche Wendung zurück in die Vergangenheit genommen. Die SPD hat das berühmt-berüchtigte Wort vom Wandel durch Annäherung vor allem an sich vollzogen. Nach 70 Jahren, seit der Abspaltung der Kommunisten 1919, bekennen sich die Genossen zunehmend offener zu den gemeinsamen ideologischen Wurzeln. Karl Marx verbindet eben. Der kollektive Sozialismus östlicher Prägung steht vielen näher als der Individualismus unserer amerikanischen Schutzmacht.

Der stellvertretende Parteivize Lafontaine beispielsweise, der Hoffnungsträger der Linken, hat in den Jubelgesängen zum Honecker-Besuch Töne angeschlagen, wie sie vor Empfangen amerikanischer Freunde in dieser überschwenglichen Form nicht üblich waren. Er hat in einem Magazin-Beitrag den SED-Chef als Widerstandskämpfer gegen Hitler enthusiastisch gefeiert. Gewiß, Widerstand gegen den Nationalsozialismus war ehrenwert. Aber bei Honecker nur ein Teil der Wahrheit. Dieser kämpfte nämlich keineswegs aus freiheitlich-demokratischer Gesinnung heraus, sondern für ein anderes totalitäres System: Für den Kommunismus-Stalinismus, den er später in der DDR zu verwirklichen mithalf.

★

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. August 1987

„Ein dialektischer Schwabenstreich“

... Doch für die wirklich schmerzenden Fragen wird dieses Papier Lösungen nicht bringen. Die Bewegung in der Verfassung der DDR und der versprochenen Freiheiten der Presse werden nicht kommen. Die SPD wird nicht wiedergegründet werden dürfen. Aber etwas freier und etwas beweglicher könnte es für manchen werden, und sei es nur, daß er mit diesem Papier in der Hand seine eigene Nische im System noch weiter auspolstert.

Auch Eppler sagt: Ein wirklich plurales Parteiensystem kann es im real existierenden Sozialismus nicht geben. Deshalb werfen wir diese Frage jetzt nicht auf. Warum eigentlich nicht? Zu der von beiden Seiten beschworenen Streitkultur muß es gehören, keinen Punkt auszusparen und nicht zu Legenden der SED zu schweigen, wie sie Professor Reissig in Gegenwart Epplers in Bonn verbreitete: seine Partei, die SED, sei das Ergebnis des Einheitsschwurs in den Konzentrationslagern. Im Gegenteil, sie ist das Ergebnis der brutalen Unterdrückung der Sozialdemokratie mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht. Noch lebt ein Teil der Opfer. Darunter sind Sozialdemokraten, die das Konzentrationslager Hitlers verlassen hatten, um wenig später in Buchenwald oder Brandenburg in die Lager und Zuchthäuser des SED-Regimes eingesperrt zu werden. Die SPD kann stolz auf diese Geschichte sein. Ist sie nun dabei, sie zu verdrängen?

Vergleicht man Taten und Worte von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Geschichte der letzten 70 Jahre, dann klingt es historisch wie Hohn, wenn nun formuliert wird: Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen. Damit bescheinigte die SPD der SED etwas, was sie bei Aufrechterhaltung des Anspruchs der Streitkultur und des Titels des Dokuments Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit nicht hätte unterschreiben dürfen. Sozialdemokraten sind Demokraten, die Kommunisten dagegen haben, und dies keinesweg nur in der Zeit Stalins, Menschenrechte unterdrückt, Arbeiter ausgebeutet und die Demokratie als Diktatur entstellt. Die Menschenrechte verwirklichen sie zur Zeit in der DDR so, daß sie noch immer eine Großstadt mit einer Mauer teilen und einen ganzen Staat mit elektrisch aufgeladenen Zäunen als einen Archipel Gulag sichern.



Neue Zürcher Zeitung, 30. August 1987

„Fragwürdige Friedensgespräche von SPD und SED“

Was hat die deutsche Sozialdemokratie dazu bewogen, ausgerechnet mit der Sozialistischen Einheitspartei der DDR Beratungen über einen friedlichen Wettbewerb der Systeme zu führen, die in ihrem Machtbereich den Sozialdemokraten jede Existenzberechtigung verweigert? Kann eine demokratische Partei mit stolzen Traditionen wie die SPD sich so weit verleugnen, ideologischen Gemeinsamkeiten mit Vertretern eines Machtapparates nachzuspüren, der die Sozialdemokraten im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone nach 1945 vor die brutale Wahl stellte, sich den kommunistischen Gegnern von einst anzuschließen oder ins Exil zu gehen?

Und im übrigen gehört er (Erhard Eppler) zu denjenigen, die einer postulierten Gemeinsamkeit der Verantwortung der beiden deutschen Staaten für die Erhaltung des Friedens so viel Wert beimessen, daß sie den Unterschied zwischen bundesdeutscher Demokratie und SED-Diktatur zu verwischen suchen.

Den kommunistischen Gesprächspartnern Epplers, denen daran liegt, die DDR als einen normalen Staat und die SED als unverdächtigen Gesprächspartner darzustellen, kommt

diese Sicht der Dinge entgegen. Ihnen kann es denn auch keine Schwierigkeit bereiten, einen Text wie den von Eppler in Bonn präsentierten zu unterschreiben. Es handelt sich um die alte Koexistenzrhetorik, die seinerzeit um so eifriger betrieben wurde, je stärker Breschnew die sowjetische Aufrüstung forcierte. Unter Gorbatschow ist sie etwas abgeflaut; nun soll sie unter Mitwirkung der SPD wieder belebt werden. Das Problem mit diesen Beteuerungen bleibt aber das gleiche wie früher: Werden sich die kommunistischen Machthaber daran halten, wenn ihr Herrschaftsmonopol in einem sozialistischen Land bedroht ist? Im Gegensatz zu westlichen Ländern hemmt sie kein demokratischer Meinungsbildungsprozeß. Über solche strukturellen Unterschiede sieht Eppler aber geflissentlich hinweg.



Die Zeit, 11. September 1987

„Aus der Vergangenheit nichts gelernt?
Die Sozialdemokraten haben den Dialog mit der SED auf
die falsche Grundlage gestellt“, Gerd Bucerius

Zur Sicherung des Friedens, sagen in dem Papier die SPD und die SED, gehört . . . die Entwicklung lebendiger Demokratie . . . Nun ist Demokratie für uns Herrschaft des Volkes, wie mangelhaft auch immer verwirklicht; für den Osten: Beherrschung des Volkes durch eine Nomenklatura. Darf man für beide in ein und demselben Papier das gleiche Wort verwenden? Eppler hat mit seiner Unterschrift zugelassen, daß man das östliche System Demokratie nennen darf; ein System, das seine Staatsbürger an der Mauer wie die Hasen abknallt, wenn sie ihr international verbrieftes Recht auf Auswanderung beanspruchen (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 13).

Das wäre zu ertragen gewesen, gäbe es zwei getrennte Papiere. Dann hätte der Osten ruhig von Demokratie sprechen können — jeder wüßte: Eppler meint eine andere Demokratie. Ursprünglich hatte der kluge Richard Löwenthal auf zwei Papieren bestanden — eines Ost, eines West. Dann stünden wir ganz anders da. Aber die SED wußte wohl, warum sie auf einem Papier bestand. Und Eppler sah, daß er zwei Papiere nicht kriegen würde . . . also gab er nach, schon so früh.

Seit Jahren hören wir von drüben den Satz: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Wir fangen an, ihn gedankenlos nachzuplappern. Anstatt der SED zu sagen: Ihr seid 1968 in Prag mit einmarschiert; ihr seid an der Oder-Neiße-Grenze aufmarschiert, als in Polen Unruhen herrschten; ihr mischt mit in Angola, Moçambique und Äthiopien. Und eure Schutzmacht führt den blutigsten Krieg der Gegenwart in Afghanistan. Das Papier aber tut so, als ob Ost und West in diesem Punkte gleich zu beurteilen seien. Die beharrliche Gleichbehandlung beider Standpunkte: Ist sie berechtigt? Ich halte Menschenrechte nur in einem (echten) demokratischen Staat für durchsetzbar.

Sonderlich, wenn in diesem Papier Marxisten-Leninisten unwidersprochen über sich behaupten: Sie verstehen Demokratie vor allem als die reale Mitwirkung der Werktätigen

an der Leitung und Gestaltung der Wirtschaft und Gesellschaft und die Kontrolle darüber. Warum machen sie's dann nicht? Im Osten haben Betriebsräte und Gewerkschaften vor allem Aufgaben der Überwachung; bei uns die der Machtteilung. Kein Land der Welt kennt soviel Mitbestimmung der Arbeitnehmer wie die Bundesrepublik. Wie stellt man sich da einen Kompromiß vor? Wir machen etwas weniger und die SED etwas mehr Mitbestimmung? Das Papier fegt unsere Arbeitsgesetze einfach beiseite.



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. September 1987

„Ein Januskopf — Gefahren und Chancen
Analyse des gemeinsamen Dokumentes von SPD und
SED“, Prof. Gesine Schwan

Während es dem Parteirat 1971 um Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit ging, findet dieser zweite Teil des Problems im neuen Papier keine Erwähnung mehr. Statt dessen wird der Sicherung des Überlebens eine eindeutige und alles andere relativierende Priorität gegeben und gerade in dieser Prioritätensetzung die Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten festgehalten. Anstelle der Bedrohung der Freiheit spricht das Papier von der Befürchtung beider Systeme vor Übermächtigung.

Ein grundlegender Unterschied zum Parteiratsbeschluß ergibt sich aus der gemeinsamen Verfasserschaft von Sozialdemokraten und Kommunisten: Eine Kritik am Kommunismus wird nicht geübt. War im Parteiratsbeschluß die Berufung der Kommunisten auf das Ziel der Freiheit angesichts der Realitäten zurückgewiesen worden, so konstatiert das neue Papier, nachdem es das humanistische Erbe Europas als gemeinsame Berufungsgrundlage formuliert hat, einen bitteren Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über die Wege der Realisierung. Weiter geht es nicht.

Dieser grundlegende Ansatz der formellen Gleichstellung beider Systeme setzt sich konsequent fort, und zwar so, daß das Papier insgesamt entgegen seinem Titel weder einen Streit beider Positionen noch einen Dialog zwischen ihnen zum Ausdruck bringt, sondern jeweils gegensätzliche Positionen nebeneinanderstellt, die — und hier liegt eine zentrale Klammer des ganzen Dokuments — als gleichberechtigt präsentiert werden.

In seiner Grundstruktur ist das neue Papier mithin widersprüchlich: Auf der einen Seite erkennt es die Existenzberechtigung, das heißt die Legitimität kommunistischer Systeme an, setzt einen entleerten Friedensbegriff als oberste politische Priorität fest und begründet so eine prinzipielle Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüber allen anderen möglichen demokratischen Partnern. Damit wird — selbst wenn dies nicht zur Sprache kommt — die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten auch innenpolitisch nicht nur sanktioniert, sie ergibt sich gegen innenpolitische demokratische Gegner, ja gegebenenfalls auch gegen Partner aus dem Bündnis geradezu als zwingend, wenn diese das sozialdemokratisch-kommunistische

Verständnis von Frieden und gemeinsamer Sicherheit nicht übernehmen. Gegenwärtig besteht die wichtigste Aufgabe darin, die Dynamik der Aufrüstung zu stoppen und eine Dynamik der Abrüstung in Gang zu setzen. Auch einseitige Abrüstungsforderungen an den Westen müssen deutsche Sozialdemokraten und deutsche Kommunisten nach dem Papier gegebenenfalls gemeinsam gegen die westlichen Partner einklagen.

Damit ist im Vergleich zur ursprünglichen Entspannungspolitik ein politischer Paradigmenwechsel festgeschrieben, der sich allerdings schon seit Jahren vorbereitet hatte: An die Stelle der vorrangigen Gemeinsamkeiten der Demokraten in Erhalt und Entwicklung von Frieden und Freiheit ist die prinzipielle Gemeinsamkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Sicherung des Überlebens getreten. Sinn machte solcher Paradigmenwechsel nur, wenn die Sicherung der Freiheit der des Überlebens entgegenstände. Dafür ist kein Grund ersichtlich. Um des Friedens willen ist dieser Paradigmenwechsel daher nicht notwendig.

Zusammen mit der machtstaatlichen Entleerung des Friedensbegriffs gefährdet er nicht nur die Gemeinsamkeit der Demokratien, sondern auch die Identität der Sozialdemokratie.

Frage nach dem Nutzen der SPD/SED-Kontakte

Süddeutsche Zeitung, 6. September 1989

„Rühe bringt die SPD in die Defensive“

Volker Rühe ist auf die Opposition heruntergefahren wie der Blitz aus heiterem Himmel. Selbst der auf ihn für die SPD-Fraktion antwortende Jürgen Schmude, der den bisherigen außenpolitischen Experten der Union aus langjähriger Zusammenarbeit im Parlament gut kennen mußte, bescheinigte ihm einen Überraschungserfolg. Er hatte dem nichts Vergleichbares entgegensetzen.

Die SPD-Fraktion saß deshalb wie vom Donner gerührt auf ihren Bänken, weil der Vorwurf, den Rühe gegen sie erhob, ungeheuerlich ist. Er lautet, die SPD habe in den zurückliegenden Jahren die Opposition in den osteuropäischen Staaten systematisch boykottiert und durch ein Paktieren mit den regierenden Kommunisten die Reformbestrebungen erschwert. Rühe nennt das in . . . Abwandlung eines Wortes von Egon Bahr: Wandel durch Anbiederung. Auch in ihren Beziehungen zur DDR habe die SPD eine übergroße Rücksichtnahme auf die SED geübt.



Frankfurter Neue Presse, 11. September 1989

Wo bleibt eigentlich die große öffentliche Debatte darüber, daß die sozial-liberalen Politiker und die ihnen nahestehenden Journalisten jahrelang ein Bild des SED-Regimes gezeichnet haben, das sich jetzt für jedermann sichtbar als übliche Retusche entpuppt? Leute, die sich jämmerlich gerirt oder wider besseres Wissen argumentiert haben, spielen

sich unverdrossen als Experten in Sachen DDR auf. Einigen merkt man an, daß sie am liebsten den DDR-Flüchtlingen den Marsch blasen würden. Ist ja auch ungehörig und entspannungsgefährdend, den Friedenspolitiker Honecker ausgerechnet zum 40. Jahrestag der DDR als Gefängnisdirektor vorzuführen und die unbeirrbaren Propheten des Wandels durch Annäherung als Einfaltspinsel hinzustellen.



SWF, 14. September 1989

Welchen Nutzen haben die Gespräche zwischen SPD und SED im Augenblick? Die Beantwortung dieser Frage fällt selbst der SPD schwer; auch in ihren Reihen weiß man nicht, was zeitgemäß ist — Wandel durch Annäherung, wie bisher gefordert, oder Wandel durch Abstand, wie Gansel es verlangte?



Rheinpfalz, 15. September 1989

Viele DDR-Bürger, deren Familien von der Massenflicht betroffen sind und sie als persönliche Tragödie empfinden, werden in der Hofierung von prominenten Mitgliedern des SED-Regimes durch Sozialdemokraten eine Verhöhnung sehen. Die SPD setzt sich ohne Not dem Verdacht aus, die Drangsaliererten zu brüskieren, indem sie die Drangsalierer aufwertet . . . Der SPD droht innenpolitisch eine Isolierung. Jeder Flüchtling, der in die Bundesrepublik kommt, macht den Dialog mit der systembeharrenden SED zu einer Farce.



Kölnische Rundschau, 15. September 1989

„SPD-Streit um die Reise“

Daß ausgerechnet die bundesdeutschen Sozialdemokraten das derzeit völlig ramponierte internationale Ansehen des SED-Regimes eifertig wiederaufpolieren wollen, zeugt in jedem Fall von mangelndem Fingerspitzengefühl.



Frankfurter Neue Presse, 15. September 1989

„Staunen über Ehmke“

Das Verdrößliche und für die SPD Fatale ist jedoch, daß es den meisten Sozialdemokraten selbst jetzt schwer fällt, sich die eigenen Fehlurteile über den SED-Staat einzugestehen. Offensichtlich sind sie immer noch nicht imstande, die Staatsräson der DDR und ihrer Führungsschicht zu begreifen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. September 1989

„Heikles Unternehmen“

Wenn die SPD den Eindruck vermeiden will, sie pflege Freundschaft mit jenen, vor denen in diesen Tagen Zehntausende weglaufen, dann muß sie sich anstrengen und ihren Gastgebern vernehmlich sagen: Reformiert oder macht anderen Platz.



General-Anzeiger Bonn, 16./17. September 1989

„Ende der Streitkultur“

Vielleicht geben die jetzt so peinlich demonstrierten Berührungängste der SED-Führung den Sozialdemokraten Anlaß zu einer nachdenklichen Überprüfung ihrer Deutschlandpolitischen Positionen. Sie waren und sind teilweise illusionär, weil sie die Reformfähigkeit des Regimes der DDR überschätzen, so man ihm nur die Anerkennung über das praktizierte Maß hinaus zuteil werden lasse.

Die SPD sollte ihrem Genossen Gansel in seiner Forderung nach einem Wandel durch Abstand folgen, gemeinsam mit den Regierungsparteien. Hier könnte eine große und eindrucksvolle Position zugunsten der Menschen, die ihr Land nicht verlassen können und verlassen wollen, bezogen werden. Wandel durch Annäherung war immer eine untaugliche politische Handlungsanweisung.



Frankfurter Neue Presse, 18. September 1989

Volker Rühle schleuderte den Sozialdemokraten neulich im Bundestag ein paar unerfreuliche Wahrheiten über ihre Deutschlandpolitik ins Gesicht. Die Empörung schäumte über. Vermutlich weil mancher Abgeordnete der SPD fühlt, daß der Christdemokrat recht hat. Nicht wenige Sozialdemokraten pflichten ihm insgeheim bei.



Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. September 1989

„Über patriotische Pflichten“

Plötzlich wissen es alle: In Ost-Berlin regiert eine Riege von Betonköpfen, unfähig zum Dialog mit der eigenen Bevölkerung, unfähig, die Zeichen der Zeit zu begreifen, und unfähig, mit den Fehlern der Vergangenheit zu brechen. Statt dessen erlebt die Welt die Intransigenz, den Hochmut und die Unbelehrbarkeit der Machthaber.

Die dünne Tünche einer gewissen Umgänglichkeit des Regimes, die viele Leute schon für die Substanz nahmen, ist abgefallen. Am schmerzlichsten hat dies die SPD erfahren, die wider alle Vernunft darauf bestand, ausgerechnet in dieser Versteinerungsphase das Gespräch mit den Machthabern wiederaufzunehmen — aber von ebendiesen in einem Schreiben ohne Anrede und Grußformel brüsk ausgeladen wurde.



Frankfurter Neue Presse, 20. September 1989

„Aufs falsche Pferd gesetzt“

Die deutschlandpolitische Verlegenheit läßt Bonns Sozialdemokraten von einem Bein aufs andere hüpfen. Wie viele Tage ist es eigentlich her, da die SPD herablassend erklärte, es sei vermutlich nicht besonders sinnvoll, neue Organisationen in der DDR zu unterstützen, die sich sozialdemokratisch nennen? Nun da sie von der SED recht unwirsch ausgeladen wurde, erinnert sich die SPD an Kirchen und Reformgruppen, zu denen man vielfältige Kontakte unterhalte.

Tatsache ist, daß die SPD seit der Regierungsübernahme 1969 vor allem auf die offiziellen Kontakte zur SED gesetzt hat. Sie war von der Stabilität des dortigen Systems überzeugt und davon, daß nur durch Kooperation auch für die Menschen „drüben“ etwas zu erreichen sei. Es ist keine Schande, daß die SPD das geglaubt hat.

Peinlich ist für die SPD nur die Einseitigkeit ihrer Bemühungen und ihre mangelnde Einsicht. Die Sozialdemokraten haben mit der SED förmliche Verträge, zum Beispiel zum Chemiewaffenverbot ausgehandelt, die völkerrechtlich nicht das Geringste wert sind. Sie haben Grundsatzpapiere mit der dortigen Staatspartei ausgehandelt, deren Inhalt im krassen Widerspruch zur staatlichen Wirklichkeit standen und stehen. Und sie haben bewußt nicht zur Kenntnis genommen, daß sich in der DDR Entwicklungen auf den Weg machten, die die einst allgewaltige SED jedenfalls bislang nicht kontrollieren kann.

Die weinerliche Bemerkung von Oppositionsführer Vogel, die Gesprächsabsage durch Ostberlin werde die Veränderung des Klimas beschleunigen und Spannungen wieder verschärfen, ist wirklichkeitsfremd. Im Moment hat die SED ganz andere Sorgen als den Dialog mit einer westdeutschen Oppositionspartei. Sie hat wegen der eigenen, noch nicht organisierten Opposition alle Hände voll zu tun. Es ist auch Unsinn, daß der neue Generalsekretär der CDU, Rühle, Gesprächskontakte mit der DDR diffamiere. Rühle hat die SPD nur darauf hingewiesen, daß sie sich ihre Gesprächspartner im Ostblock in letzter Zeit nicht sorgfältig genug ausgesucht hat.